

Schriftliche Kleine Anfrage

des Abgeordneten Thomas Kreuzmann (CDU) vom 25.01.16

und Antwort des Senats

Betr.: Legt das Bezirksamt der Privatinitiative am Bramfelder See Steine in den Weg?

Die bei Spaziergängern sehr beliebte Fußgängerbrücke über einen Ausläufer des Bramfelder Sees musste wegen Baufälligkeit gesperrt werden. Später wurden die Brückenaufbauten entfernt.

Da das Bezirksamt und die Wirtschaftsbehörde erklärten, dass keine Mittel für den Wiederaufbau der Brücke vorhanden seien, wurde von einer privaten Initiative versucht, die notwendigen Mittel für einen Brückenneubau einzuwerben. Ein Zimmermann hatte die Örtlichkeit besichtigt und festgestellt, dass die Brückenfundamente noch voll funktionstüchtig waren. Die Kosten für die Brückenaufbauten wurden auf 40.000 Euro geschätzt.

Nun wurden jedoch auch die Brückenfundamente entfernt, sodass ein privater Wiederaufbau der Brücke wesentlich teurer wird.

Vor diesem Hintergrund frage ich den Senat:

1. *Wer hat den Abriss der Brückenfundamente veranlasst?*

Der Abriss der Brückenfundamente wurde durch die zuständige Behörde veranlasst.

2. *Wann wurde der Abriss der Brückenfundamente in Auftrag gegeben?*

Der Auftrag zum Abriss der Brückenfundamente wurde im November des Jahres 2015 erteilt.

3. *War dem Bezirksamt zum Zeitpunkt des Abrisses der Brückenfundamente bekannt, dass eine Initiative versucht, private Mittel für den Wiederaufbau der Brücke einzuwerben?*

Der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG), der für den Unterhalt des Brückenbauwerks zuständig ist, hatte vor dem Abriss den Zustand der Fundamente als schlecht bewertet, außerdem würden die Brückenköpfe sich nicht für moderne Stahl-/Kunststoffkombinationen eignen. Der Beton der Widerlager war so stark geschädigt, dass eine Instandsetzung nicht mehr vertretbar gewesen wäre. Die Widerlager (Fundamente) wiesen zahlreiche Abplatzungen mit freiliegender Bewehrung und Auswaschungen und waren nicht ausreichend dimensioniert, sodass die Standsicherheit für eine neue Brücke nicht hätte nachgewiesen werden können. Im Übrigen hatten die zuständigen Behörden im November 2015 keine Kenntnis über eine private Initiative, die Mittel für den Wiederaufbau der Brücke einwirbt.